

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2000

Innovation in Gesundheit und Pflege

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben unter Drucksache 15/133 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen stellte 1996 fest:

„Das Gesundheitswesen stellt einen erheblichen Wirtschafts- und Wachstumsfaktor in einer Volkswirtschaft dar. Es dient nicht nur der Erhaltung, Wiederherstellung und Förderung der Gesundheit, sondern trägt mit seinen Dienstleistungen zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung mit den entsprechenden Wirkungen auf den Arbeitsmarkt bei.“

Das „Gesundheitswesen“, d. h. die verschiedenen Gesundheits-Versorgungssektoren (medizinische und pflegerische Versorgung) sind viel zu lange ausschließlich aus der Kosten- bzw. Ausgabensicht gesehen worden. Es ist aber auch ein besonders wichtiger beschäftigungs- und wirtschaftspolitischer Dienstleistungsbe- reich („Gesundheitswirtschaft“) mit hohem politischem Stellenwert.

- Das Gesundheitswesen ist mit einem Umsatzvolumen von über 500 Milliarden DM und einem Anteil von ca. 10 % am Bruttoinlandsprodukt ein bedeutender Wirtschaftssektor. Dabei werden knapp über die Hälfte der Gesamtausgaben im Gesundheitswesen durch die gesetzliche Krankenversicherung finanziert.
- Mit mehr als vier Millionen Beschäftigten ist es zweitgrößter Arbeitgeber nach der Automobilbranche. Davon arbeiten 95 % in den Kernbereichen des Gesundheitswesens und 5 % in den zuliefernden Großindustrien und im Handel.
- Das Gesundheitswesen gilt, mit Blick auf den steigenden Wert von Gesundheit, eine steigende Nachfrage nach neuen Angeboten und die demographische Entwicklung, als Wachstumsbranche. Eine wichtige Rolle wird dabei Angeboten für die Erschließung zusätzlicher, nicht öffentlich finanzierter Nachfrage zukommen.
- Es ist durch ein hohes Innovationspotential gekennzeichnet. Dies umfasst zum einen wissenschaftlich-technologische Entwicklungen aus unmittelbar benachbarten Bereichen wie Medizin- und Gerontotechnik, Bio- und Gentechnologie, pharmazeutische Industrie und Informations- und Kommunikationstechnologien.

Während es auf nationaler Ebene noch keine Strategie zur Entwicklung der Wachstums- und Beschäftigungschancen dieser Branche gibt, wird der hohe Stellenwert des Gesundheitswesens als Wirtschaftsfaktor und Beschäftigungsmotor zunehmend in Ländern, Regionen und Kommunen erkannt, wie z. B. Initiativen in NRW Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld, München und Erlangen belegen.

Die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung des Gesundheitswesens für das Land Bremen wurde in der Koalitionsvereinbarung grundsätzlich anerkannt.

1. Wie können die Funktionen Bremens und Bremerhavens als Oberzentren gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung genutzt werden, um den Zweistädte-

staat als attraktiven Standort von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen fortzuentwickeln und eine regionale Gesundheitswirtschaft aufzubauen ?

Die Strategie des Senats zur Stärkung des wirtschafts- und versorgungspolitisch wichtigen Gesundheitssektors basiert auf der sehr guten Infrastruktur des Bremischen Gesundheitswesens mit hoch qualifizierten Leistungsanbietern und ca. 30.000 Beschäftigten als wichtige Entwicklungsressource.

Dabei werden folgende Hauptziele verfolgt:

- die Steigerung der Attraktivität dieses Dienstleistungssektors für die Nutzerinnen und Nutzer mittels technologischer, organisatorischer und sozialer Innovationen unter Nutzung vorhandener FuE- Kapazitäten,
- die Entwicklung, Erprobung und Vermarktung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen,
- die Sicherung der regionalen Arbeitsplätze mittels Optimierung des Qualifikationspotentials durch den Ausbau der Aus- und Weiterbildung.

Status quo

Bremen und Bremerhaven verfügen über ein sehr gutes Angebot an stationärer und ambulanter Versorgung mit einem überregionalen Einzugsgebiet. Die Kliniken haben als akademische Lehrkrankenhäuser norddeutscher medizinischer Fakultäten eine hohe wissenschaftliche Kompetenz.

Im Sinne einer arbeitsteiligen Koordinierung haben sich medizinische Schwerpunkte in den einzelnen Kliniken gebildet.

Der Pflegebereich spiegelt sich in einer Vielzahl von Pflegeeinrichtungen privater oder gemeinnütziger Trägerschaft wider.

Um das kurative System sind weitere Einrichtungen mit nationalem und internationalem Renommee etabliert, wie z. B. das Arzneimitteluntersuchungsinstitut, das Institut für Klinische Pharmakologie und das Bremer Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS). Letzteres zählt zu den führenden epidemiologischen Forschungsinstituten in der Bundesrepublik und ist Teil einer bundesweit als beispielhaft anerkannten anwendungsorientierten Forschungsinfrastruktur.

Deren Vernetzung dokumentiert sich u. a. in der kürzlich erfolgten Gründung des Zentrums für Public Health der Universität Bremen, einem Zusammenschluss von sechs Forschungseinrichtungen plus angegliederten Ambulanzen mit Schwerpunkten in der Epidemiologie, Gesundheitsförderung, Rehabilitation, Pflege, Gesundheitssystemforschung und Gesundheitspsychologie.

Zwei der großen Mitgliedsinstitute, das BIPS/E und das Zentrum für Rehabilitationsforschung, sind jeweils Teil überregionaler Forschungsverbünde (Norddeutscher Forschungsverbund Public Health und Rehabilitationswissenschaftlicher Forschungsverbund Niedersachsen/Bremen).

Das Zentrum für Public Health hat sich zum Ziel gesetzt, zur Verankerung der anwendungsorientierten Wissenschaft in regionalen und überregionalen Praxisfeldern beizutragen. Ein aktuelles Beispiel für innovative, anwendungsorientierte und interdisziplinäre Vernetzung der unterschiedlichen Forschungseinrichtungen ist das Bremer Brustkrebs — Screening-Projekt. Im Verbund von medizinischer Diagnostik (MeVis), epidemiologischer Begleitforschung (BIPS) und psychosozialer Begleitforschung (psychosoziale Forschungsinstitute des Zentrums für Public Health) soll der Erfolg dieses bundesweiten Pilotprojektes garantiert werden.

Innovation

Innovationen können zum einen die Einrichtungen selbst betreffen, zum anderen gehen sie einher mit der Erforschung und Entwicklung von neuen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen. Wesentliche Zielsetzungen von Innovation in Gesundheit und Pflege liegen auch in der Verbesserung von Dienstleistungen und der Qualitätssicherung für diese Dienstleistungen.

Innovationen in den Einrichtungen können mit Investitionen verknüpft sein, wie z. B. bei der Digitalisierung radiologischer Daten. Diese wird die traditionelle Erfassung und Speicherung der Daten als Film ablösen. Die Digitalisierung erfordert einerseits organisatorische Anpassungen und neue berufliche Qualifikationen, andererseits ermöglicht sie eine umfassendere Befundung. Sofern die datenschutz-

rechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden können, würde auch eine Verwaltung von z. B. radiologischen Daten durch private Dienstleistungsunternehmen in Zukunft möglich. Innovationen können auch die Schnittstellen medizinischer und pflegerischer bzw. ambulanter und stationärer Versorgung betreffen, denn der Austausch von Daten ist verbesserungsfähig. Als Stichworte sind hier der elektronische Arztbrief, das elektronische Rezept oder die digitale Patientenakte zu nennen. Im Krankenhausbereich wurden erhebliche Vorinvestitionen für einen Ausbau von IuK-Anwendungen getätigt. Mit Mitteln des Senators für Wirtschaft und Häfen wurde der Anschluss bremischer Kliniken an das Landesbreitbandnetz finanziell sichergestellt. Damit steht den Krankenhäusern eine leistungsfähige technische Infrastruktur im Bereich der Telemedizin zur Verfügung.

Die Entwicklung von neuen Produkten vollzieht sich in Unternehmen, die ihre „Produkte“ vermarkten. Als Abnehmer kommen öffentliche und privat geführte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, zunehmend aber auch der einzelne Bürger in Betracht. Vielfach ist es sinnvoll oder erforderlich, neue Entwicklung mit Versorgungseinrichtungen gemeinsam zu entwickeln und gemeinsam als Pilotprojekte zu erproben. Die Entwicklung neuer marktfähiger Produkte kann durch öffentliche Förderungen unterstützt werden. Für den Einsatz von solchen Produkten müssen gerade im medizinischen Bereich Zulassungsverfahren absolviert werden.

Ein anderer Weg hin zu vermarktbareren Produkten führt von der Forschung und Entwicklung in die Praxis von Unternehmen und Anwendern. Bremische Beispiele für solche forschungs- und entwicklungsseitig angetriebene Innovationen sind die elektronische Unterstützung der Diagnostik und Therapie im Bereich der Onkologie (Zentrum für angewandte Informationstechnologien), die Entwicklung eines digital unterstützten Brustkrebscreenings (MeVis) und die Entwicklung eines personengetragenen „airbags“ (Institut für Mikrosensoren — und Aktuatoren, Technologiezentrum Informatik). Merkmal in Bremen und Bremerhaven entwickelter Produkte muss ihre Vermarktung durch bremische Unternehmen sein.

Qualifizierung

Die Bedeutung des Gesundheits- und Pflegesektors für die Bremische Arbeitsmarktpolitik hat schon 1997 zu einer Schwerpunktsetzung im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) geführt. Seit dieser Zeit setzt sich eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Bereich Arbeit) mit Fragen der Perspektiven der Beschäftigungspolitik im Gesundheits- und Pflegesektor auseinander. Unter anderem wurde hier die Entwicklung der Qualifizierungsbedarfe im Gesundheits — Dienstleistungssektor untersucht. Derzeit wird im Rahmen der Projektgruppe an einem Rahmenkonzept für Qualifizierung insbesondere an den Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung sowie zwischen medizinischen und sozialpflegerischen Berufen gearbeitet. Eine weitere Konkretisierung der Qualifizierungsbedarfe wird zudem von einer flächendeckenden, aktuellen Untersuchung durch EQUIB (Entwicklungsplanung, Qualifikation Industrieregion Bremen) erwartet.

Die aktuelle Untersuchung von innovationsbezogenen Qualifizierungsbedarfen bezieht sich auf Innovationsentwicklung und Qualifikationsfolgen bei Gesundheitsdiensten der stationären Pflege. Die Ergebnisse werden Anfang 2000 vorliegen. Im Projektbeirat von EQUIB sind die Handelskammer und die Handwerkskammer Bremen, die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, die Arbeitsämter Bremen und Bremerhaven, die Arbeitnehmerkammern im Land Bremen, der Landesausschuss für Weiterbildung sowie der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vertreten.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beabsichtigt, die notwendigen qualifikatorischen Entwicklungen auf regionaler Ebene weiterhin kontinuierlich zu begleiten und zu strukturieren. In diesem Zusammenhang ist die Erarbeitung eines koordinierten Landesprogrammes für die Qualifizierung im Gesundheits- und Sozialpflegesektor geplant.

Bildungspolitisch ist eine strategische Qualifizierungsoffensive mit den Zielen einer Professionalisierung der Pflegeberufe, einer Normalisierung der Ausbildungswege in den Pflegeberufen und die damit verbundene Perspektive der Herstellung von Chancengleichheit in diesen traditionell von Frauen eingeschlagenen Berufslaufbahnen von Relevanz. Über den Weg eines bundesweiten Modell-

versuchs wurden in Bremen der Lehramtsstudiengang Pflegewissenschaft (Universität) und der internationale Studiengang Pflegeleitung (Hochschule Bremen) eingerichtet. Mit dem erfolgreichen Abschluss dieser Modellversuche werden diese Einrichtungen jetzt verstetigt bzw. sind schon verstetigt worden. Mit dem Lehramtsstudiengang ist bereits „Geschichte geschrieben“ worden, als in Bremen als erstem Bundesland der Ausbildungsstandard der Pflegelehrkräfte dem der Lehrer an berufsbildenden Schulen gleichgestellt wurde und die Kultusministerkonferenz der Länder 1995 das Lehramt Pflege als 16. Berufliche Fachrichtung in den Kanon der Lehramtsstudiengänge für Berufliche Schulen aufgenommen hat. Mittlerweile wird in anderen Bundesländern dem Beispiel Bremens gefolgt.

Einen weiteren für die Professionalisierung der Pflegeberufe strategischen Baustein bildet die Verankerung der Pflegewissenschaft als neue Wissenschaftsdisziplin an der Universität, die sich bezüglich der Pflegeforschung zwischenzeitlich im Institut für angewandte Pflegeforschung, ebenfalls ein Mitgliedsinstitut des Zentrums für Public Health, organisiert hat. Als ein anschauliches Beispiel für den starken Anwendungsbezug kann das Modellprojekt „Wissenstransfer in der Pflege“ angeführt werden, in dem das Institut zusammen mit den Modellhäusern ZKH Bremen Ost und ZKH St. Jürgen Straße die Umsetzung innovativer Ausbildungsinhalte in die pflegerische Praxis erprobt.

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts/Attraktivität für Nutzerinnen und Nutzer

Für die Attraktivität des Gesundheitsstandortes wird künftig in verstärktem Maße die Dienstleistungsorientierung entscheidend sein. Über hochwertige medizinische Dienstleistungen wird es möglich, Patienten aus dem Umland zu gewinnen, dafür kostendeckende Einnahmen zu erzielen und die Ressourcen auszulasten bzw. ggf. zu erweitern. Damit können in der Folge Arbeitsplätze gesichert werden. Qualität und Umfang von Dienstleistungen sind wesentliche Parameter für deren erfolgreiche Vermarktung. Schon jetzt führt die Behandlung von Patienten aus dem Umland in den Krankenhäusern des Landes Bremen zu relevanten Beschäftigungseffekten in der Größenordnung von einem Drittel der Arbeitsplätze. Auch die Attraktivität für Patienten aus dem Ausland ist, wie das Beispiel der regelmäßigen Behandlung von Patienten aus Bahrein zeigt, für hiesige Krankenhäuser von wirtschaftlichem Interesse.

Resümee

Die regionalwirtschaftliche Perspektive des Bremischen Gesundheits- und Pflege-sektors liegt im Zusammenspiel zwischen öffentlichen und privaten Gesundheitsdienstleistern und Anbietern innovativer Konzepte und Technologien.

Eine wichtige Rolle kommt hierbei auch dem Qualifizierungsschwerpunkt für den Gesundheits- und Sozialpflegesektor im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) zu.

Von wirtschaftsstrukturpolitischer Relevanz ist insbesondere die Aufgabe, bremische Unternehmen für den wachsenden Markt von Gesundheit und Pflege durch innovative Produkte und Dienstleistungen über die Grenzen Bremens hinaus exportfähig zu machen.

2. Wie will der Senat hierzu insbesondere das Innovationspotential des Gesundheits- und Pflegewesens und die gute FuE-Infrastruktur als Standortfaktor optimal nutzen?

Die Stärke der Bremer Region mit ihren beiden Städten liegt in der Dichte und der Vielfältigkeit der Versorgungsstruktur, die in eine etablierte Forschungs- und Entwicklungslandschaft eingebettet ist. Nicht zuletzt mit ISP-Mitteln sind an der Universität Strukturen geschaffen und Prozesse in die Wege geleitet worden, die gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer regionalen Bremer Gesundheitswirtschaft liefern.

Für eine Nutzung des Innovationspotentials des Gesundheits- und Pflegewesens und der guten FuE-Infrastruktur als Standortfaktor ist eine ressortübergreifende Vorgehensweise erforderlich. Es werden folgende Ansätze verfolgt:

1. Interne Innovationen durch Investitionen und organisatorische Maßnahmen in den Einrichtungen von Gesundheit und Pflege und ihre Unterstützung im Bereich der Qualifizierung werden im Wesentlichen durch das Ressort Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales initiiert und umgesetzt.

2. Die Entwicklung von neuen marktfähigen Produkten und Verfahren können durch betriebliche Fördermaßnahmen im Rahmen bestehender FuE-Förderprogramme durch die Bremer Innovations-Agentur unterstützt werden. Entsprechende Projekte sind bereits in der Vergangenheit mit Mitteln des Senators für Wirtschaft und Häfen gefördert worden. Darüber hinaus ist die Unterstützung von Existenzgründungen bereits jetzt möglich.
 3. Die Hochschulen des Landes stellen als wissenschaftliche Infrastrukturen des Landes ihre Beiträge für den Bereich von Gesundheit und Pflege bereit. Die Beiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich gehen zu einem erheblichen Anteil auf außerbremische Fördermittel zurück. In diesen Projekten wird in der Regel kein regionaler Ansatz, sondern eine allgemein wissenschaftliche bzw. technologische Zielsetzung verfolgt. Ihre Nutzung und Umsetzung kann sich prinzipiell über die direkte Applikation in den regionalen Einrichtungen von Gesundheit und Pflege vollziehen oder durch ein bremisches Unternehmen adaptiert werden. Dabei ist zu beachten, dass die Präsenz bremischer Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen sehr begrenzt ist.
 4. Es ist vorgesehen, die betriebliche Förderung innovativer Produkte und Dienstleistungen im Bereich von Gesundheit und Pflege als einen Handlungsschwerpunkt im neu zu formulierenden Bremer Innovationsprogramm (BIP) als einen Handlungsschwerpunkt zu verankern. Angesichts knapper Haushaltsmittel wird es entscheidend darauf ankommen, sich auf solche Handlungsfelder zu konzentrieren, die nachhaltige arbeitsmarktpolitische Wirkungen, hohe Wertschöpfung und große Außenwirkung für den Standort Bremen erwarten lassen.
3. Beabsichtigt der Senat einen themenspezifischen Förderrahmen für diesen Bereich aufzulegen
- a) wenn ja, mit welchem Mittelvolumen ?
 - b) wenn nein, warum nicht ?

Der Senat plant im Rahmen der Neuformulierung eines Bremischen Innovationsprogramms (BIP) einen themenspezifischen Förderrahmen für den Bereich Gesundheit und Pflege zu entwickeln. Hierzu ist zunächst eine ressortübergreifende (Wirtschaft und Häfen; Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Bildung und Wissenschaft) Vorphase durchzuführen, mit der wirtschaftsrelevante, tragfähige Innovationspotentiale für eine Programminitiative Gesundheit und Pflege und Handlungsansätze definiert werden sollen. Mit den Arbeitsschritten auf der Umsetzungsebene, wie z. B. die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Experten — Anhörungen oder Workshops, die Identifikation von potentiellen Akteuren aus dem Unternehmensbereich und die Fortentwicklung des Konzepts in enger Abstimmung mit den federführenden Ressorts soll die Bremische Innovationsagentur (BIA) beauftragt werden. Die BIA, die ihrerseits im Aufbau einer regionalen Gesundheitswirtschaft ein für Bremen bedeutendes Vorhaben sieht, könnte in Zukunft die Funktion einer Informations-, Kontakt- und Austauschbörse für Gesundheitsprojekte und die entsprechenden Akteure übernehmen. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Vorbereitungsphase soll dann über das „ob“ und „wie“ eines solchen Förderrahmens als Teil des BIP entschieden werden.

Grundsätzlich können die vorhandenen, thematisch unspezifischen Förderprogramme bereits heute genutzt werden.

Zu nennen sind insbesondere das FuE-Verbundprogramm und das FuE-Projektprogramm sowie das IuK-Programm. Darüberhinaus ist es ebenfalls möglich, innovative Existenzgründer im Bereich Gesundheit und Pflege zu fördern. Die bisher nur sporadisch erfolgte Förderung von gesundheitsbezogenen Projekten lässt allerdings eine systematische Entwicklung und Ausnutzung der Innovationspotentiale des Gesundheitswesens für den Standort Bremen nicht zu.

Diese Schritte zur Entwicklung eines themenspezifischen Förderrahmens innerhalb des BIP sind mit den Planungen und Aktivitäten im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms eng zu verzahnen.

Es wird ein Landesprogramm für die Qualifizierung im Gesundheits- und Sozialpflegesektor aufgelegt. In diesem Rahmen werden innovative, bedarfsgerechte Qualifizierungsprogramme für den Gesundheits- und Pflegesektor weitergeführt und fortentwickelt. Die dafür nötigen Mittel werden im Qualifizierungsfonds des BAP bereitgestellt. Eine genaue Quantifizierung dieser zukünftigen Anforderungen und Ausgaben ist zurzeit noch nicht möglich.

Für die Jahre 1998 bis 2001 sind für Qualifizierungsprojekte in diesem Bereich insgesamt 2,3 Mio. DM verpflichtet. Es handelt sich hierbei um ESF und Landesmittel des Qualifizierungsfonds. Damit werden in sieben Projekten der beruflichen Qualifizierung ca. 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven erreicht. Zwei der Projekte verfolgen einen transnationalen Ansatz. Zudem wird übergangsweise die Erstausbildung in der Altenpflege unterstützt.

4. Welche Möglichkeiten birgt ein Landesprogramm „Innovation in Gesundheit und Pflege“

- für die Nutzerinnen und Nutzer von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen und speziell für die Zielgruppe „Ältere Menschen“,
- für den bremischen Arbeitsmarkt,
- für den Aufbau einer regionalen Gesundheitswirtschaft,
- für die Einwerbung nationaler und europäischer Fördermittel,

für die Nutzerinnen und Nutzer von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen und speziell für die Zielgruppe „Ältere Menschen“?

Ein Landesprogramm oder Förderschwerpunkt „Innovation in Gesundheit und Pflege“ zielt auf eine stärkere Dienstleistungsorientierung des Gesundheits- und Pflegesektors mit neuen, verbesserten Dienstleistungen und Produkten zum Wohle der Nutzerinnen und Nutzer von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.

So wird z. B. der Einsatz von IuK-Technologien im Gesundheitswesen in vielen Fällen zu einer Verbesserung der Behandlungsqualität, der Ergebnisqualität und damit der Lebensqualität vieler Patienten beitragen. Beispielhaft seien die Einbeziehung externer Experten in Diagnose oder Behandlung (Telekonsultation, Telediagnostik), die Fern-Überwachung von Patienten (Telemonitoring), die Fernsteuerung diagnostischer und therapeutischer medizinischer Geräte (Telerobotik) oder die Bild- und Informationsübertragung im Bereich der Notfallmedizin (Krankenwagen — Krankenhaus) genannt.

Von der besseren Verfügbarkeit von Daten, der Vernetzbarkeit von Systemen, der Entlastung medizinischen Personals von Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben, der Unterstützung von Maßnahmen der Qualitätssicherung oder neuer Möglichkeiten qualifizierter Aus- und Weiterbildung werden auch die Patienten profitieren. Bei allen Anwendungen ist datenschutzrechtlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Mit der Zielgruppe der älteren Menschen verbinden sich technologische, organisatorische und soziale Konzepte, die auf eine weitestgehende Autonomie im hohen Lebensalter und eine verbesserte soziale Integration abzielen. Ein Förderschwerpunkt Gesundheit würde Projekte ansprechen, die dazu beitragen könnten, das bestehende Dienstleistungsspektrum für Seniorinnen und Senioren mit neuen Betreuungsformen, verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten oder so genannten technischen Lebenshilfen zu bereichern.

Für den Arbeitsmarkt des Landes Bremen

Positive Arbeitsmarkteffekte sind zukünftig auch im personenbezogenen Dienstleistungssektor zu erwarten. Die regionalen Auswirkungen des Gesundheitssektors auf die Beschäftigung sind schon jetzt positiv und würden durch ein Innovationsprogramm weiter gefördert werden. Mit Hilfe dieses Programms und der Weiterführung der Qualifizierungsoffensive wird die Bereitstellung qualifizierter Arbeitsplätze der verschiedenen Gesundheitsfach- und Sozialberufe unterstützt. So verfolgen Strategien in diesem Zusammenhang auch das Ziel, die klassischen Frauenberufe im Gesundheits- und Pflegebereich attraktiver zu machen und damit aufzuwerten.

Der Arbeitsmarkt im Gesundheits- und Sozialpflegesektor ist noch durch eine hohe Fluktuationsrate bei den Beschäftigten gekennzeichnet. Diese für Patienten, Beschäftigte und Einrichtungen problematische Entwicklung kann durch Qualifizierung und Professionalisierung abgemildert werden. Hier leisten insbesondere Modellprojekte für eine fachübergreifende, berufsfeldbezogene Qualifizierung einen wichtigen Beitrag. Auf diese Weise soll also auch ein Beitrag zum Erhalt und zum Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen in einem zukunftssträchtigen Dienstleistungsbereich geleistet werden.

Für den Aufbau einer regionalen Gesundheitswirtschaft

Ein programmatischer Förderschwerpunkt ist als eine notwendige — wenn auch nicht hinreichende — Grundvoraussetzung für den Aufbau einer regionalen Gesundheitswirtschaft zu sehen.

Er stellt einen Kristallisationspunkt für innovative Aktivitäten und Initiativen im Umfeld des Gesundheits- und Pflegewesens dar, setzt ein Signal an die vielfältigen Akteure, schafft Anreize für deren Engagement und unternehmerische Entscheidungen und liefert die Möglichkeit Prozesse im Land Bremen zu vernetzen und zu steuern.

Für die Einwerbung europäischer und nationaler Fördermittel

In einem gesundheitlichen Innovationsprogramm werden Ziele (Ziel 2 und 3) der europäischen Strukturpolitik mit den Strukturfonds EFRE (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) verfolgt. Grundsätzlich lassen sich einige Projekttypen der Entwicklungsachse „Stärkung des Dienstleistungssektors“ von Ziel 2 zuordnen.

Die Möglichkeit, noch beispielhafte Projekte in die schon fortgeschrittenen Ziel 2-Planungen aufzunehmen, wird noch geprüft.

Mit Unterstützung eines Landesprogramms sollen darüberhinaus bessere Voraussetzungen für hiesige Projekte geschaffen werden, um im Rahmen von internationalen Kooperationen Mittel aus dem 5. Europäischen Forschungsrahmenprogramm zu akquirieren. In diesem finden sich eine Vielzahl der oben angesprochenen zukunftsweisenden Themenfelder wieder. So thematisiert das Förderprogramm „Lebensqualität und Management lebender Ressourcen“ Fragen der demographischen und sozialen Aspekte der alternden Bevölkerung, der funktionalen Einschränkungen im Alter und Dienstleistungssysteme für Ältere Menschen und ruft zu Projektvorschlägen für neue technische und organisatorische Lösungen bestehender und kommender Problemstellungen auf.

Im Förderprogramm „Benutzerfreundliche Informationsgesellschaft“ wurden u. a. als thematische Schwerpunkte „Gesundheit“ und „Ältere Menschen“ eingerichtet.

Beide Förderprogramme sind in hohem Maße anwendungs- und verwertungsorientiert. Die Tatsache, dass auf europäischer Ebene inhaltliche Förderschwerpunkte eingerichtet werden, die sich auch in der Strategie für Bremen wiederfinden, unterstreicht die Relevanz und Aktualität der bremischen Initiative. Mit der Beratung für Unternehmen im Hinblick auf die Teilnahme an EU-Förderprogrammen ist die AXON im Rahmen ihrer Projektträgerschaft als IRC und EIC vom Senator für Wirtschaft und Häfen beauftragt.

Auch auf nationaler Ebene gibt es mit Blick auf neue Förderprogramme zunehmend Aktivitäten, die für Projekte in Bremen und Bremerhaven in Zukunft besser genutzt werden könnten. Beispielhaft seien an dieser Stelle das Programm Gesundheitsforschung 2000 mit einem künftigen Schwerpunkt „Gesundheitsforschung und Innovationen in Wirtschaft und Industrie“ und ein Förderprogramm „Förderung von innovativen Netzen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie genannt. Dies wird bereits von der BIA — wie im Technologie-, Umwelt- und IuK-Bereich — verfolgt.

5. Welche Schritte unternimmt der Senat, um „Innovation in Gesundheit und Pflege“ in Vernetzung mit der bisherigen Forschungs-, Arbeitsmarkt-, und Wirtschaftsstrukturpolitik voranzutreiben ?

Der Senat beabsichtigt, eine umfassende Analyse über Innovationspotentiale und -perspektiven für die Entwicklung einer regionalen Gesundheitswirtschaft zu erarbeiten und weitere Handlungsansätze in den zu beteiligenden Ressorts zu entwickeln, um Forschungs-, Arbeitsmarkt- und wirtschaftsstrukturpolitische Aktivitäten in einer abgestimmten Initiative stärker zu bündeln. Die dafür erforderlichen Mittel stehen zur Verfügung. Die Bremer Innovations-Agentur wird beauftragt, die Potentialanalyse und die Entwicklung von erfolgversprechenden Handlungsfeldern und Strategieansätzen für diesen Bereich zu unterstützen.